



# AUFSCHWUNG AM ARBEITSMARKT

Impulse für Wachstum und neue Jobs

**POLICY BRIEF No 1**

## **Aufschwung Austria**

**Aufschwung Austria** ist eine Initiative, die als offene Plattform all jenen eine Stimme gibt, die mit der Wirtschaftspolitik in unserem Land nicht zufrieden sind. Wir wollen mit **Aufschwung Austria** aufzeigen, dass eine wachstumsorientierte und sozial ausgewogene Wirtschaftspolitik möglich ist, ohne die Staatsschulden weiter anwachsen zu lassen. Der Staat soll die private Wirtschaft durch seine Aktivitäten unterstützen anstatt sie zu behindern. Aufgabe des Staates soll es zudem sein, Leistungen dort effizient bereit zu stellen, wo diese nicht oder in unzureichendem Umfang durch die private Wirtschaft erbracht werden.

**Aufschwung Austria** wird in regelmäßigen Abständen zu ausgewählten Schwerpunktthemen Policy Briefs veröffentlichen. Sie zeigen die Herausforderungen für den Standort Österreich auf und bieten Lösungen für zentrale Handlungsfelder einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik an.

Zum Auftakt setzt der Policy Brief „**Aufschwung am Arbeitsmarkt – Impulse für Wachstumsdynamik und neue Jobs**“ den Rahmen und gibt Ausblick auf die zentrale Handlungsfelder einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik.

## Executive Summary

Österreich zählt beim Wirtschaftswachstum zu den Schlusslichtern Europas. Das Investitionsniveau ist sehr gering; gleichzeitig erreicht die Arbeitslosigkeit Rekordhöhen. Im Vergleich zum Euroraum steigende Lohnstückkosten verschlechtern die Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Nicht zuletzt deshalb verliert Österreich stetig an Exportmarktanteilen – vor allem in Deutschland, unserem mit Abstand wichtigsten Handelspartner.

Um wirtschaftliche Dynamik und Wachstum anzukurbeln, braucht der Standort Österreich dringend Entlastungen und Bürokratieabbau. Zur Trendumkehr am Arbeitsmarkt sind darüber hinaus fiskal- und strukturpolitische Maßnahmen, die sowohl die Innovationskraft von Unternehmen als auch die individuelle Arbeitsmarktfähigkeit stärken, gefordert. Wie Beispiele anderer Länder zeigen, bedarf es dazu mutiger Entscheidungen.

Das Ziel des vorliegenden Policy Briefs ist es, die Ursachen des negativen Trends am österreichischen Arbeitsmarkt zu durchleuchten und Maßnahmen für eine Umkehr aufzuzeigen.

Der Policy Brief ist wie folgt aufgebaut:

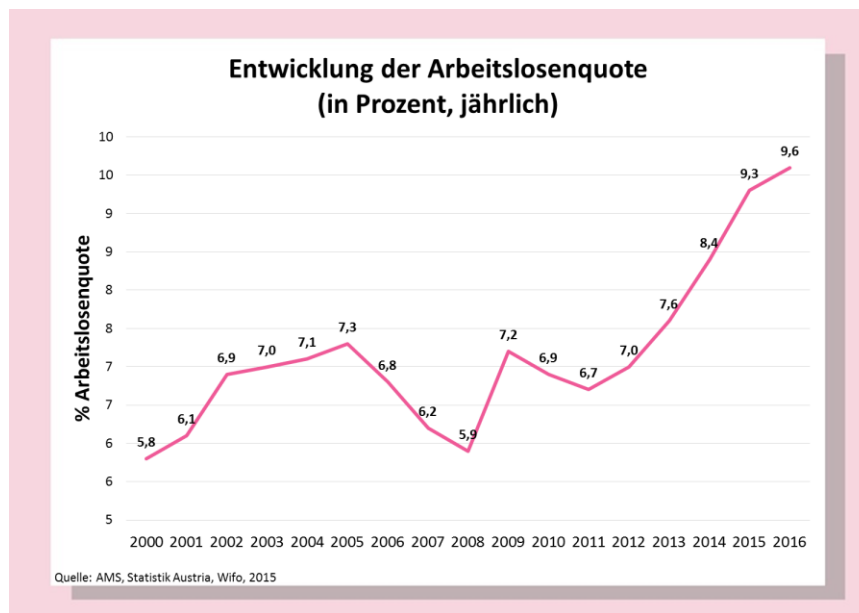
Hürden	Empfehlungen für den Aufschwung
<b>Innovationskraft am Arbeitsmarkt stärken</b>	
Hohe Abgabenlast auf den Faktor Arbeit gefährdet Wohlstand	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Senkung der Lohnnebenkosten</li> </ul>
Arbeitsmarktregulierung hinkt realem Wandel hinterher	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schaffung von Jahresarbeitszeitmodellen</li> <li>• Schaffung einer echten, freiwilligen Teilarbeitsfähigkeit</li> </ul>
Überbordende Bürokratie & starres Gewerberecht behindern die Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung einer One-In-One-Out-Regel</li> <li>• Einführung einer Sunset Clause (Auslaufklausel für Gesetze)</li> <li>• Umsetzung von One-Stop-Shops</li> </ul>
Fehlende Finanzierungsmöglichkeiten hemmen Innovationskraft	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mobilisierung von privatem Kapital</li> <li>• Schaffung von Investitionsanreizen durch neue Rechtsformen (z.B. GmbH Zero, Klein-AG)</li> </ul>
<b>Bildungswende für bessere Arbeitsmarktfähigkeit</b>	
Bildungsnotstand forciert wirtschaftlichen Notstand	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gewährleistung qualifizierter Bildungsabschlüsse - Einführung der Mittleren Reife</li> <li>• Verbesserung der Berufsorientierung</li> </ul>
Mangelnde Förderung verschärft Chancenungleichheit	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schaffung von Chancengerechtigkeit - Frühkindliche Sprachförderung etablieren</li> </ul>
<b>Staatshaushalt: Kräfte bündeln, Effizienz steigern</b>	
Ineffiziente Strukturen treiben die Staatsausgaben in die Höhe	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Etablierung einer Finanzautonomie für Länder und Gemeinden: Kostenbewusster und effizienter Föderalismus</li> </ul>
Intransparente Förderstrukturen und Gießkannenprinzip belasten öffentliche Haushalte	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Senkung der Subventionen auf EU-Durchschnitt</li> <li>• Transparenzdatenbank für Förderungen</li> </ul>
Mangelnde finanzielle Tragfähigkeit der Sozialsysteme	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schaffung einer Sozialversicherung für alle</li> <li>• Einführung eines Pensionskorridors</li> </ul>

## Innovationskraft am Arbeitsmarkt stärken

**Österreich fällt zurück.** Der Blick auf die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen, Wachstumsraten und Produktivitätsentwicklung zeigt die prekäre Situation des Landes.

Die Arbeitslosigkeit steigt unaufhaltsam von Monat zu Monat, alleine im August um 8,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Das sind 384.585 Menschen ohne Beschäftigung inklusive der zahlreichen Schulungsteilnehmer\_innen.



Nach nationaler Definition beträgt die Arbeitslosenquote 8,4 Prozent (Stand: August 2015).

Laut Berechnung von Eurostat liegt sie bei 5,8 Prozent (Stand: August 2015), die Jugendarbeitslosigkeit liegt sogar bei 10,8 Prozent (Stand: Juli 2015).

Während Deutschland mit der geringsten Arbeitslosigkeit seit 1991 bzw. 4,7 Prozent das EU-Ranking anführt, rangiert Österreich aufgrund des beständigen Anstiegs der Arbeitslosigkeit seit 2011 auf Platz 6.

Eine Entspannung der Situation ist nicht in Sicht. Während sich andere EU-Staaten zunehmend erholen und wieder solide Wachstumsraten vorweisen können, ist der Ausblick in Österreich weiterhin weiterhin pessimistisch. Laut Arbeitsmarktservice (AMS) werden zum Ende des Jahres erstmals 500.000 Menschen in Österreich arbeitslos sein. Das im EU-Vergleich überdurchschnittliche Beschäftigungswachstum kann dieser Entwicklung nicht ausreichend entgegenwirken, zumal dieses im Wesentlichen einem Anstieg von Teilzeitjobs geschuldet ist. Dieser „Teilzeitboom“ bewirkte im Übrigen auch den signifikanten Anstieg der Frauenerwerbsquote von 61,6 auf 67,6 Prozent im Zeitraum 2003 bis 2013 (EU-Durchschnitt: 58,8 Prozent).

Der alarmierende Anstieg der Arbeitslosigkeit ist einem strukturellen Problem des österreichischen Arbeitsmarkts geschuldet. Die Arbeitslosenquote von Personen mit Pflichtschulabschluss als höchsten Bildungsstatus ist seit 2008 von 15 Prozent auf knapp 25 Prozent angestiegen.

Die unzureichende Qualifizierung führt dazu, dass die Arbeitslosigkeit immer länger dauert. Im Schnitt sind Arbeitslose in Österreich 125 Tage ohne Arbeitsplatz (Stand: Juli 2015), um 17 Tage mehr als im Vorjahresvergleich. Rund jede zehnte Arbeitslose ist bereits länger als 12 Monate ohne Arbeit - und gilt demnach als langzeitarbeitslos. Trotz des erheblichen Anstiegs an Erwerbstätigen (2004: 3,67 Mio. 2014: 4,11 Mio.) hat sich folglich die Zahl der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden kaum erhöht (2004: 6,775 Mrd., 2014: 6,81 Mrd.).

Die anhaltende Schwäche der österreichischen Wirtschaft zeichnete sich bereits in den vergangenen Jahren ab. Seit geraumer Zeit konstatieren Wirtschaftsforscher und die EU-Kommission, dass erforderliche strukturelle Reformmaßnahmen verschleppt werden, etwa bei den Pensionen, der Verwaltung, der Bildung

sowie der Steuer- und Abgabenlast. Die strukturellen Defizite am Arbeitsmarkt werden durch Frühpensionierungen und die Möglichkeiten der Invaliditätspension verschleiert. Die Folge: Die Standortqualität erodiert stetig von Jahr zu Jahr, notwendige Reformen werden unterlassen. Der Aufschwung wird durch die Reformunwilligkeit und den fehlenden Mut der Regierenden verhindert.

Anhand von internationalen Beispielen soll dargelegt werden, dass die von Aufschwung Austria geforderten Maßnahmen umsetzbar und effektiv sind.

Für einen echten Aufschwung am Arbeitsmarkt haben wir neun Maßnahmen definiert, welche

- die Innovationskraft am Arbeitsmarkt stärken,
- eine Bildungswende für bessere Arbeitsmarktfähigkeit forcieren,
- die Effizienz des Staathaushalts steigern und Kräfte bündeln.

### 1. Lohnnebenkosten senken

Österreich ist 2015 um weitere fünf Plätze auf den 21. Rang im Wettbewerbsfähigkeits-Index des World Economic Forum (WEF) abgerutscht, direkt hinter Malaysia, drei Plätze vor Saudi-Arabien. Im Standortranking des Schweizer Instituts für Management-Entwicklung (IMD) hat Österreich 2015 vier Ränge verloren und landet nur noch auf Platz 26. Seit dem besten Abschneiden mit Platz 11 im Jahr 2007 ging es stetig bergab. Österreich steht nun dort, wo Deutschland vor 10 Jahren war.

Das gedämpfte Wirtschaftswachstum in Österreich liegt das dritte Jahr in Folge unter einem Prozent, und das zweite Jahr in Folge unter dem EU-Schnitt.

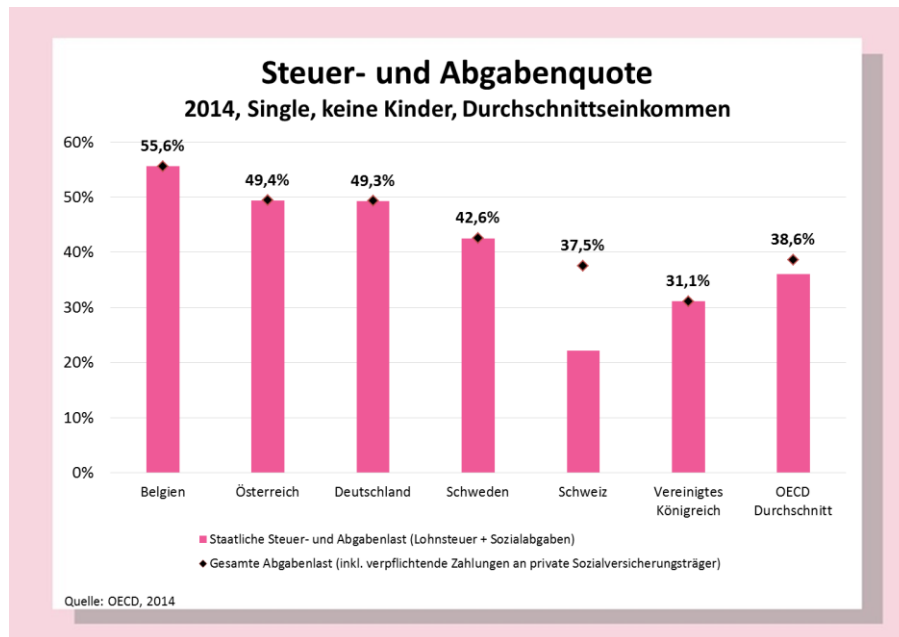


Während die meisten europäischen Länder höhere Wachstums-raten vorzeigen können, ist in Österreich mit keiner wesentlichen Verbesserung in den nächsten Jahren zu rechnen, so das Institut für Höhere Studien (IHS).

Mit einer Steuer- und Abgabenquote von 49,4 Prozent liegt Österreich im Spitzenfeld der OECD-Staaten.

Auch der immer weiter nach hinten rückende „Tax Freedom Day“ (2015: 21.8., 2014: 12.08.), ab dem man mit dem Steuerzahlen fertig ist und für die eigene Tasche wirtschaftet, ist ein weiterer Beweis für die steigende Steuer- und Abgabenlast.

Insbesondere die Lohnnebenkosten verhindern Wachstum, belasten Arbeitnehmer\_innen und Unternehmen, schwächen den Standort und vernichten Arbeitsplätze.



Die Konsequenz – in Verbindung mit einem tiefgreifenden Vertrauensverlust in die Lösungskompetenz der Regierungen – ist eine hartnäckige Investitions- und Konsumzurückhaltung. Österreich braucht mehr unternehmerisches Denken und mehr Mut zur Eigenverantwortung. Deshalb sollen folgende Maßnahmen in Betracht gezogen werden, welche die Innovationskraft des Arbeitsmarkts entfachen.

Lohn- und Einkommensteuer sind der sichtbarste Teil der Steuerbelastung. Gerade Arbeit ist aber mit weit höheren Abgaben belastet. Es fallen nicht nur Sozialversicherungsbeiträge an - Gehälter werden über die Lohnnebenkosten auch noch mit Beiträgen zur Wohnbauförderung, zur Kommunalsteuer oder zur Wiener U-Bahn belastet. Auch ein Teil der Beiträge für die Zwangsmitgliedschaft in den Wirtschaftskammern wird anhand der von Arbeitgeber\_innen bezahlten Gehälter berechnet – das macht Arbeit unnötig teuer.

Potenziale zur Senkung der Lohnnebenkosten ergeben sich aus den Reformen der Sozialsysteme, der Etablierung einer Finanzautonomie für Länder und Gemeinden, der Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft bei den Kammern und einer Bereinigung der Lohnnebenkosten um Beiträge, die aus dem Steuersystem finanziert werden sollen (z.B. Wohnbauförderung). Die notwendigen finanziellen Handlungsspielräume sind vor allem durch nachhaltige Strukturreformen im Bereich der Sozialsysteme (Pensionen, Sozialversicherungen, etc.) zu generieren. Insgesamt muss die Effizienz der Leistungserbringung erhöht und das erhebliche Potenzial der öffentlichen Hand besser genutzt werden.

## 2. Arbeitsmarktrechtliche Rahmenbedingungen an realen Bedürfnissen ausrichten

Die Arbeitswelt unterliegt einem tiefgreifenden Wandel. Die Vielzahl an starren Regelungen wird den realen Arbeitsbedingungen nicht mehr gerecht, weder für Arbeitgeber\_innen noch für Arbeitnehmer\_innen. Die Schaffung einer echten, freiwilligen Teilarbeitsfähigkeit erlaubt Arbeitnehmer\_innen und Selbstständigen, die aufgrund einer Krankheit langfristig arbeitsunfähig sind – entsprechend ihrem gesundheitlichen Zustand – teilweise in den Arbeitsprozess zurückzukehren. Auch eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten sowie die Schaffung von Jahresarbeitszeitmodellen würden Impulse für neue Jobs und Wachstum geben.

### 3. Verbindliche Bürokratieabbauziele verankern und Gewerberecht modernisieren

Mit der Einführung einer "One-In-One-Out-Regel" wird die Gesetzesflut eingedämmt: Für jede neue Regulierung muss eine andere Regulierung abgeschafft werden. Mit einer Auslaufbestimmung („Sunset Clause“) für Gesetze nach britischem Vorbild gelingt eine zeitgemäße und schlanke Gesetzgebung. Weitere Potenziale der Entbürokratisierung ergeben sich durch eine stärkere Forcierung von One-Stop-Shops für Gewerbe. Das historisch gewachsene Konvolut des Gewerberechts muss den Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden.

#### Großbritannien: Mutiger Bürokratieabbau

2011 wurde die "One-In-One-Out-Regel" für Regulierungen eingeführt. 2013 wurde nachgebessert: Auf "One-In-Two-Out" verschärft. 214 Regulierungen wurden seither gestrichen. Britische Unternehmen ersparten sich 3 Mrd. Euro. Ähnliche Regelungen bestehen schon in Italien, Frankreich, Spanien, Litauen, Portugal und seit kurzem auch in Deutschland.

### 4. Neue Finanzierungsformen ermöglichen und F&E stärken

Die Rahmenbedingungen für die Finanzierung von Start-Ups und Neugründungen sind mangelhaft. Es braucht Maßnahmen zur Mobilisierung von privatem Kapital, die Einführung neuer Rechtsformen (GmbH Zero, Klein-AG) und die Schaffung von Investitionsanreizen. Zudem stellen kapitalmarktrechtliche Regelungen durch zum Teil überbordende Anlegerschutzbestimmungen sowie insgesamt mangelnder Anpassung an gesellschaftliche Entwicklungen, wie Bürger\_innenbeteiligungsprojekte oder Open Innovation, sowohl Investitions- als auch Innovationshemmnisse dar.

Die Stärkung der Innovationskraft insgesamt erfordert einen ganzheitlichen Ansatz. Ein rein quantitativer Anstieg der Forschungsquote allein genügt nicht. Mit systematischer Innovation kann die Wirtschaft jenen Qualitätsvorsprung erzielen, der höhere Preise und Löhne ermöglicht und Beschäftigung sichert. Strategische Ansätze wie „Smart Specialisation“ brauchen entsprechende politische Rahmenbedingungen, die branchenübergreifende und internationale Kooperationen forcieren. Vorrangig bei diesen Ansätzen und Konzepten ist die Einbindung von privaten und öffentlichen Stakeholdern in die strategische Entwicklung von Wirtschaftszweigen.

Österreich muss jetzt handeln, denn auch die Innovationskraft erodiert. Im Innovation Union Scoreboard 2015 der Europäischen Kommission hat Österreich mit Platz 11 von 28 EU-Staaten zum vierten Mal in Folge einen Platz eingebüßt.

Österreich entfernt sich beständig weiter von der Gruppe der „Innovation Leader“ und liegt gerade noch im Durchschnitt. In der Spitzengruppe der "Innovationsführer" befinden sich Deutschland, Dänemark, Finnland und Schweden.

#### EU MEMBER STATES' INNOVATION PERFORMANCE



Ohne entsprechender Partizipation am Transformationsprozess kann die, beispielsweise durch „Smart Specialisation“, angestrebte Förderung des Strukturwandels hin zu wissens- und innovationsgeleitetem Wachstum nicht gelingen. Insgesamt kann die Innovationskraft aber nur nachhaltig gestärkt werden, wenn Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft auf ein leistungsfähiges Bildungssystem bauen können.

## Bildungswende für bessere Arbeitsmarktfähigkeit schaffen

Adäquate Bildung fördert die Arbeitsmarktfähigkeit, und damit auch die Produktivität der Unternehmen und das Wirtschaftswachstum. In den letzten Jahren haben sich Länder demnach vermehrt mit Ansätzen befasst, die den Bildungssektor und die Berufsausbildung näher an den Arbeitsmarkt koppeln.

Es braucht somit nachhaltige Präventionsmaßnahmen, um Menschen stärker gegen Arbeitslosigkeit zu wappnen. Bildung ist und bleibt der Schlüssel zu Wohlstand und Beschäftigung. Qualifizierte Schulabschlüsse stellen eine wesentliche Voraussetzung für einen guten Zugang zum Arbeitsmarkt dar. Gerade in Hinblick auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist dies von besonderer Bedeutung. Der österreichische Arbeitsmarkt zeigt kein Pardon ohne „Normbiographie“. Das gilt eben besonders dann, wenn es sich um arbeitslose Jugendliche handelt.

Zahlen belegen: Ohne qualifizierten Bildungsabschluss ist das Risiko der Arbeitslosigkeit ungleich höher. Das Arbeitslosigkeitsrisiko für Personen, die keinen über die Pflichtschule hinausgehenden

Bildungsabschluss vorweisen können liegt bei 23,1 Prozent, im Fall eines Lehrabschlusses bei deutlich geringeren 6,6 Prozent (Stand: Juli 2015). Demnach verfügen rund 45 Prozent der Arbeitssuchenden nur über einen Pflichtschulabschluss. Aufgrund von Defiziten im Bildungssystem wächst die potenzielle "Kundschaft" des Arbeitsmarktservice stetig an. 21 Prozent der 15-Jährigen können nach neun Jahren Schulpflicht nicht ausreichend lesen und schreiben. Jahr für Jahr bleiben in Österreich viele junge Menschen ohne Schulabschluss. Denn zu den jährlich 20.000 Schulabbrecher\_innen (3,7 Prozent) kommen weitere 7.500 Jugendliche, die nach der Pflichtschule gar keine Ausbildung mehr beginnen. Zudem führt jede\_r dritte österreichische AHS-, BHS- oder BMS-Schüler\_in diese Ausbildung nicht zu Ende.

**Österreich geht der (Fachkräfte-)Nachwuchs aus.** Unternehmen finden zunehmend keine Menschen mit entsprechender Qualifikation am Arbeitsmarkt. Diese Entwicklung ist sowohl auf geburtenschwache Jahrgänge als auch auf Mängel im Bildungssystem zurückzuführen. Aus der "Leitbetriebe-Studie" der Industriellenvereinigung (IV) geht hervor, dass 8 von 10 Leitbetrieben die Sorge teilen, dass die Unternehmensnachfrage nach Qualifikation und das Angebot des Bildungssystems zunehmend auseinander klaffen. Bereits heute klagen 3 von 4 großen Industrieunternehmen darüber, nicht ausreichend qualifiziertes Personal in Zukunftsbereichen (Technik/Produktion, Forschung & Entwicklung) zu finden. Defizite im Bildungssystem werden demnach – und schon seit Jahren in den Arbeitsmarkt und ins AMS ausgelagert.

Es liegt auf der Hand, dass es einen gesamtheitlichen Ansatz zur Stärkung von Arbeitsmarktfähigkeit, der Produktivität und des Beschäftigungswachstums braucht.

## 5. Dem Bildungsnotstand entgegen wirken

Bildungsdefizite müssen im Bildungssystem beseitigt werden, nicht am Arbeitsmarkt oder beim AMS. Eine mündige Schule ist elementarer Teil des Lösungsansatzes. Ein gemeinsames Ziel ist die Mittlere Reife für alle 15-Jährigen. Das Motto: einheitliches Ziel – vielfältige Wege der Umsetzung durch mündige Schulen. Außerdem braucht es eine verbesserte und stärkere Information zu Berufs- und Bildungswegen, und eine insgesamt verbesserte Berufslaufbahnorientierung unter anderem durch gezielte, lösungsorientierte Einzel- oder Kleingruppenbetreuung.



#### **Deutschland: Social Entrepreneurship-Initiative**

ROCK YOUR LIFE! ist eine von Student\_innen der Zeppelin Universität 2009 gegründete gemeinnützige Bildungsinitiative mit Sitz in München. Dabei werden sozial benachteiligte Schüler\_innen aus bildungs- und integrationsfernen Milieus über ihre letzten zwei Schuljahre von einem dafür ausgebildeten Studierenden begleitet. Ziel ist die Verbesserung ihrer Chancen, nach dem Abschluss einen Ausbildungsplatz zu bekommen oder eine weiterführende Schule zu besuchen. Mittlerweile existieren bundesweit 42 Standorte, an denen sich etwa 3.000 Studierende ehrenamtlich engagieren.

Vor allem Personen die am Arbeitsmarkt wegen ihrer Muttersprache, Herkunft oder körperlicher/ geistiger Einschränkungen diskriminiert werden, soll der Zugang und der Verbleib am Arbeitsmarkt ermöglicht werden.

#### **6. Die Muttersprache als Startrampe statt als Startnachteil nutzen**

Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache sollen nicht mit einem Startnachteil ins Schulwesen eintreten, sondern eine tragfähige Startrampe vorfinden. Der Schlüssel dazu: sprachliche Frühförderung in der Muttersprache und auf Deutsch. Wer bereits in der eigenen Sprache lesen und schreiben gelernt hat, lernt schneller und besser Deutsch und hat größere Chancen für die weitere Bildungs- und Berufslaufbahn. In einer globalisierten Welt und Wirtschaft ist zudem jede weitere Sprache, die beherrscht wird, von Vorteil.

Während die Regierungen seit Jahrzehnten versuchen, den Absturz des Bildungssystems schön zu reden, wäre etwa die Investition in kompetente frühkindliche Pädagogik jene Maßnahme, die den maximalen langfristigen Bildungsnutzen bringt. Das Fördern von Neugier, Lernfreude, das Lernen von sozialen Regeln, Konfliktfähigkeit und Sprachkompetenz ließe sich bereits in den Kindergärten mit überschaubarem Aufwand positiv beeinflussen.

#### **Dänemark: Frühkindliche Sprachförderung**

In Dänemark gibt es für alle Kinder im Alter von drei Jahren eine Sprachüberprüfung. Kinder, bei denen eine entsprechende Notwendigkeit festgestellt wird, nehmen an einem Sprachstimulationsprogramm teil. Damit bleibt ausreichend Zeit für die Sprachvorbereitung vor dem Eintritt in die Volksschule. Maßnahmen wie diese haben dazu geführt, dass Dänemark den geringsten Anteil von Armut oder von sozialer Ausgrenzung bedrohter Kindern aufweist.

#### **Staatshaushalt: Kräfte bündeln, Effizienz steigern**

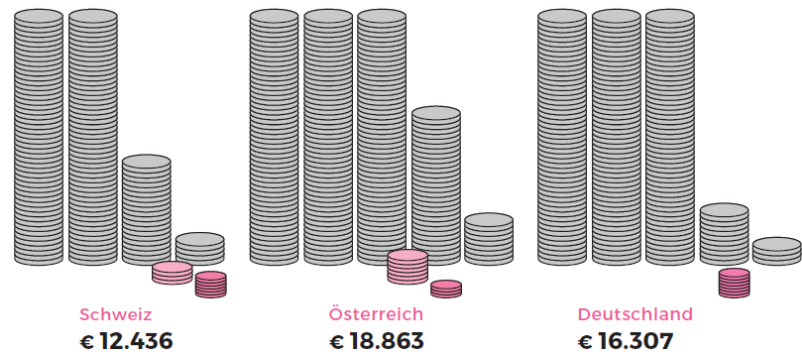
**Österreich hat ein Ausgabenproblem, kein Einnahmenproblem.** Um den notwendigen Spielraum für Zukunftsinvestitionen (Bildung, F&E) sowie die Senkung der Steuer- und Abgabenlast zu schaffen, ist es unabdinglich, die seit Jahrzehnten angekündigten Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte endlich anzugehen und umzusetzen. Die Baustellen sind bekannt, doch es herrscht Stillstand in unserem Land.

## 7. Finanzautonomie für Länder und Gemeinden etablieren

Der Schuldenstand von 280,2 Mrd. Euro bzw. 84,9 Prozent des BIP ist ein weiterer Negativrekord (EU-Zielwert: 60 Prozent). Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 32.689 Euro ist jede\_r Österreicher\_in statistisch höher verschuldet als Griechen (29.081 Euro), Spanier (22.227 Euro) oder Deutsche (26.867Euro).

Mit einer Staatsausgabenquote von 52,8 Prozent des BIP liegt Österreich eindeutig im EU-Spitzenfeld.

Dabei zeigt sich, dass Österreich wesentlich mehr ausgibt als vergleichbare Staaten.



Durchschnittlich sind Österreicher\_innen pro Kopf jährlich mit 18.863 Euro belastet. In Deutschland sind es 16.307 Euro pro Kopf und Jahr, in der Schweiz 12.436 Euro.

Zuviel Steuergeld versickert in überdimensionierten Verwaltungsapparaten und ineffizienten Strukturen. Um diese effizienter zu gestalten braucht es eine modernere Verwaltung, die auf mehr Kooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden setzt, die Verantwortungsbereiche mit klaren Zuständigkeiten zusammenführt und in die Qualität der sozialen Sicherheit sowie der Gesundheitsversorgung investiert.

Das aktuelle System des Finanzausgleichs bringt Länder und Gemeinden in eine passive Empfängerrolle. Sie bekommen Geld, ohne für dessen Einhebung verantwortlich zu sein. Das führt zu überhöhten Forderungen an den Bund. Ein Mehr an Freiheit für Länder und Gemeinden und die damit verbundene Verpflichtung, die Einhebung gewisser Steuern direkt von den Bürger\_innen und die Eigenverantwortung für die Ausgaben, stärken die Sparanreize im öffentlichen Sektor und bremsen die Steuerbelastung.

## 8. Subventionen auf EU-Schnitt zurückfahren

Österreich liegt bei den Subventionen europaweit an der Spitze. Die Geldleistungen aller Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) zur Förderung von Unternehmen und Privatpersonen lagen 2012 bei insgesamt 80 Milliarden Euro oder 25,7 Prozent des BIP. Im EU-27-Schnitt lagen diese Ausgaben bei 19,4 Prozent, im Euroraum bei 20,4 Prozent. Neben der Einführung einer echten und umfassenden Transparenzdatenbank für Förderungen braucht es anstelle des Gießkannenprinzips eine fokussierte, zielgerichtete Förderkultur.

### Dänemark: Verwaltungsreform

Im Jahr 2007 setzte Dänemark eine umfassende Verwaltungsreform um. Die bis dahin 18 Bezirke wurden zugunsten einer neuen Regionalebene mit insgesamt fünf Regionen abgeschafft, die Anzahl der Gemeinden von 277 auf 98 - mit einer Mindestgröße von 20.000 Einwohnern - reduziert. Gleichzeitig wurden auch die Aufgaben der Gemeinden neu definiert und ihre Rolle aufgewertet. Die Reform führte zu einer höheren wirtschaftlichen Nachhaltigkeit, mehr Bürger\_innenbeteiligung hinsichtlich der Raumnutzung und einer Professionalisierung und Bündelung der administrativen Kompetenzen. Die Einsparungen allein durch die Zusammenlegung der Gemeinden werden auf ca. 8 Prozent der Verwaltungskosten geschätzt.

## 9. Nachhaltigkeit der Sozialsysteme gewährleisten

Zudem sind die Entwicklungen im Pensionssystem besorgniserregend: Die steigende Lebenserwartung wird nicht berücksichtigt. Eine nachhaltige Konzeption entsprechend der demographischen Entwicklung wird nicht forciert. Beispielsweise wird das Pensionsantrittsalter von Frauen erst ab 2024 schrittweise an jenes der Männer angeglichen. Dabei sind sich Expert\_innen einig, dass das derzeit frühe Pensionsantrittsalter eine Hürde am Arbeitsmarkt für Frauen darstellt. Es verhindert den letzten Karrieresprung, verkürzt die Zeit des Erwerbseinkommens und reduziert damit die Pensionshöhe.

Mit insgesamt 22 Sozialversicherungsträgern besteht in Österreich ein höchst diversifiziertes und ineffizientes System, bei dem sich Beiträge und Leistungen unterscheiden. Österreich hat eine 19-Klassen-Medizin. Die Schaffung einer Sozialversicherung für alle und einer damit einhergehenden Harmonisierung von Beiträgen und Leistungen könnten wesentliche Einsparungen erzielt werden. Es bedarf einer Einführung eines Pensionskorridors, und der früheren Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters (auf 65 Jahre). Ein nachhaltiges Pensionssystem, welches sich an demographische Entwicklungen anpasst und für alle Generationen fair ist, ist unabdinglich.

### Schweden: Nachhaltige Konsolidierung der Staatsausgaben

Während auch in Schweden das Wirtschaftswachstum schwach ist, zeigt sich, dass die Reformen in den 1990ern wie die Überführung der verschiedenen **Sozialversicherungen** oder die Bündelung der Leistungen bei Pensionen, Krankenversicherung, Wohnbeihilfe und Kindergeld zu einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Fiskalpolitik geführt haben. Das wiederum wirkt sich bis heute positiv auf die Entwicklung und Sicherung von Arbeitsplätzen aus.

Das schwedische Pensionsmodell basiert auf einem Lebenseinkommensprinzip. Jeder zahlt auf ein fiktives **Pensionskonto** ein. Beim Pensionsantritt wird der Betrag auf dem Konto durch die Zahl der zu erwartenden Lebensjahre dividiert. Der größte Vorteil des schwedischen Modells ist, dass das Pensionsantrittsalter automatisch an die demographische Entwicklung angepasst wird. Steigt die Lebenserwartung, steigt auch das Pensionsantrittsalter.

Der Pensionsantritt ist in einem bestimmten Rahmen flexibel, allerdings besteht ein Bonus-Malus-System. Wer vor 67 Jahren in Pension geht, muss Abschläge in Kauf nehmen. Durch die Einführung dieses Bonus-Malus-Systems konnte das tatsächliche Pensionsantrittsalter auf 64,6 Jahre angehoben werden. Das ist EU-Rekord!

## Fazit

Eine Vielzahl an Rahmenbedingungen behindern Unternehmer\_innen in diesem Land mehr Menschen zu beschäftigen. Aufgabe der Politik ist es, zeitgemäße Rahmenbedingungen für Wachstum und die Entstehung von Arbeitsplätzen zu schaffen.

Seit Jahren schauen die Regierungen in unserem Land allerdings zu, wie Österreich beständig an Wettbewerbsfähigkeit einbüßt, zunehmend den Anschluss an den Wirtschaftsaufschwung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise verpasst und die Innovationskraft sinkt. Das AMS vermeldet von Monat zu Monat Negativrekordwerte der Arbeitslosenzahlen. Dem politischen System in Österreich mangelt es an unternehmerischem Denken.

Deshalb braucht es **Aufschwung Austria**. Wir zeigen die Baustellen in unserem Land nicht nur auf, sondern setzen Impulse durch die Ausarbeitung effektiver Maßnahmen und Konzepte. Wir gestalten aktiv positive Veränderung und Reformen, für Unternehmen, für den Wohlstand und die Bürger\_innen dieses Landes. Weil wir davon überzeugt sind: **Österreich kann mehr! Aufschwung Austria**.

## Quellen

Aalbu, H.; Böhme, K.; Uhlin, A. (2008): „Administrative reform – arguments and values“. Nordic Research Programme 2005-08, Report 6. Stockholm: Nordregio.

Arbeitsmarktservice (2015): Arbeitsmarkt und Bildung. Juli 2015, abrufbar unter: [http://www.ams.at/docs/001\\_am\\_bildung\\_0715.pdf](http://www.ams.at/docs/001_am_bildung_0715.pdf) (Zugriff: 31.08.2015)

Axelsson R.; Wadensjö, E.; Baroni, E. (2010): „Pensions, health and long-term care“.ASISP. Annual National Report 2010: Sweden. Brüssel: Europäische Kommission, S. 1-42.

Bleses, D.; Jörgensen, R.; Jensen, K. (2008): „National language screening in Denmark“.

Bleses, D.; Vach, W.; Jörgensen, R.; Wurm, T. (2010): „The internal validity and acceptability of the Danish SI-3: A language-screening instrument for 3-year-olds“, in: Journal of Speech Language and Hearing Research (Impact Factor: 1.93): 2010. Vol. 4, Nr. 53(2), S. 490-507.

BMWF (2014): „Der RIS3 KEY gibt Starthilfe. Standortstrategien für Smart Specialisation“. Wien: BWF, abrufbar unter: [http://wissenschaft.bmwf.gv.at/fileadmin/user\\_upload/forschung/RIS3/ris3\\_August2014\\_deutsch\\_web.pdf](http://wissenschaft.bmwf.gv.at/fileadmin/user_upload/forschung/RIS3/ris3_August2014_deutsch_web.pdf) (Zugriff: 23.08.2015).

BMWF (2015): Wirtschaftsbericht 2015. Wien: Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, abrufbar unter: <http://www.bmwf.gv.at/Wirtschaftspolitik/Wirtschaftspolitik/Documents/Wirtschaftsbericht2015.pdf> (Zugriff: 11.08.2015).

Brook Cowen, P. (1993): „Labor relations reform in New Zealand: The Employment Contracts Act and Contractual Freedom“, in: Journal of Labor Research. 1993. Vol. 14, Issue 1, S. 69-83.

Bundesanstalt Statistik Austria (2015): Arbeitsmarkt, abrufbar unter: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/arbeitsmarkt/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/index.html) (Zugriff 25.08.2015).

Cheng, X. (2010): „Swedish pension reform: reflections and lessons“, in: International Journal of Business and Management, 5, S. 153–161. .

Christl, M.; Kucsera, D. (2014): „Elchtest für Österreichs Pensionssystem“. Wien: Agenda Austria, abrufbar unter: <http://www.agenda-austria.at/inhalte/publikationen/> (Zugriff: 12.08.2015)

Danish Ministry of the Interior and Health (2005): „The local government reform – in Brief“, Kopenhagen.

Europäische Kommission (2015): Innovation Union Scoreboard 2015, abrufbar unter: [http://ec.europa.eu/growth/industry/innovation/facts-figures/scoreboards/files/ius-2015\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/growth/industry/innovation/facts-figures/scoreboards/files/ius-2015_en.pdf) (Zugriff: 12.08.2015).

Eurostat (2015): „Unemployment Statistics – Updated“ (Stand: 01.09.2015), abrufbar unter: [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Unemployment\\_statistics](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Unemployment_statistics) (Zugriff: 01.09.2015).

Hansen, J.B., Houlberg, K.; Serritzlew, S. (2011): „Scale effects in local government? Evidence from local government amalgamations in Denmark“. Aarhus University, Department of Political Science and Government.

Harbridge, R.; Walsh, P. (2002): „Globalisation and labour market deregulation in Australia and New Zealand“, in: . Employee Relations, Vol. 24, Iss: 4, S.423 – 436.

Hince, K.; Vranken, M. (1991): „A controversial reform of New Zealand labour law: The Employment Contracts Act 1991“, in: International Labour Review, Vol. 125, No. 4, S.463-472.

IMD World Competitiveness Center (2015): IMD World Competitiveness Ranking 2015, abrufbar unter: <http://www.imd.org/upload/imd.website/wcc/scoreboard.pdf> (Zugriff: 31.08.2015).

Keuschnigg, Ch. (2014): „Österreich 2050: Mit Bildung, Innovation und Wandel an die Spitze. IHS-Standpunkt 25/2014“. Wien: Institut für Höhere Studien (IHS), abrufbar unter: [https://www.ihs.ac.at/fileadmin/public/user\\_upload/Standpunkt\\_25\\_VisionOE2050.pdf](https://www.ihs.ac.at/fileadmin/public/user_upload/Standpunkt_25_VisionOE2050.pdf) (Zugriff: 25.08.2015).

Morrison, A. (1996): „The Employment Contracts Act and its economic impact“, in: Parliamentary Library Background Paper No. 16.

Morrison, P. (2004): „Deregulation of the New Zealand labour market“, in: Geojournal, Vol. 59 Iss 2, 127-136.

NEOS (2015): „NEOS Steuerkonzept: Weniger – einfacher – generationengerecht.“ Wien: NEOS, abrufbar unter: <https://neos.eu/klub/NEOS-Steuerreform-Broschuere.pdf> (Zugriff: 01.09.2015).

Nusche, D.; Wurzburg, G.; Naughton, B. (2010): „OECD Reviews of Migrant Education – Denmark“. Paris: OECD, abrufbar unter: [www.oecd.org/dataoecd/54/17/44855206.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/54/17/44855206.pdf) (Zugriff: 25.08.2015).

OECD (2015): „Taxing Wages 2015“. Paris: OECD, abrufbar unter: <http://ifuturo.org/documentacion/TaxingWages2015.pdf> (Zugriff: 12.08.2015).

Oesterreichische Nationalbank (2015): „2016 bringt Ende der vierjährigen Konjunkturschwäche“. Unterlagen zur Pressekonferenz am 08.06.2015, abrufbar unter: [http://oenb.at/dms/oenb/Presse/Presseauswendungen\\_HTML/Downloads/2015/20150608\\_Prognose-final/20150608\\_Prognose-PK-Unterlagen\\_FINAL.PDF](http://oenb.at/dms/oenb/Presse/Presseauswendungen_HTML/Downloads/2015/20150608_Prognose-final/20150608_Prognose-PK-Unterlagen_FINAL.PDF) (Zugriff: 12.08.2015).

Palmer, E. (1998): „The Swedish pension reform model: framework and issues“.

Perry, L. (2006): „Labour Market Reforms and Lockouts in New Zealand“, in: Australian Bulletin of Labour, Vol. 32 Nr. 4, S. 401-420.

ROCK YOUR LIFE! gGmbH (2015): „[Programm.](https://rockyourlife.de/informationen)“, abrufbar unter: <https://rockyourlife.de/informationen> (Zugriff: 31.08.2015).

Scherman, K. G. (1999): „The Swedish pension reform“, in: International Labour Office, Social Security Department. Series: "Issues in Social Protection Discussion Paper No.7".

Sunden, A. (1998): „The Swedish NDC pension reform“, in: Annals of Public and Co-operative Economics, Vol. 69, Nr. 4, December, SS.571-583.

Zudem möchten wir uns für die Unterstützung der Wirtschaftsforschungsinstitute Agenda Austria, EcoAustria und Economica bedanken.